
Vorlagen vom 18. Juni 2023

Abstimmungsmonitor

Klimagesetz

OECD Mindestbesteuerung

Covid-19-Gesetz

Zwischenbericht



Universität
Zürich^{UZH}

fög – Forschungszentrum
Öffentlichkeit und
Gesellschaft / Universität
Zürich

06.06.2023

Ein Schlussbericht erscheint
Mitte Juni 2023.

Inhalt:

2 Überblick

4 Akteur:innen

7 Methode

Der Abstimmungsmonitor
des fög wurde Anfang 2013
erstmalig lanciert und erfasst
die Medienresonanz und
die Tonalität der Beiträge
im Vorfeld von eidgenössischen
Volksabstimmungen.
Der Abstimmungsmonitor
wird aus eigenen Mitteln fi-
nanziert.

Überblick

Linards Udrys

In der Schweizer Medienarena werden die drei nationalen Abstimmungsvorlagen vom Juni 2023 bisher unterschiedlich stark thematisiert (Abb. 1). Das Klimagesetz erfährt überdurchschnittliche Resonanz, während die Aufmerksamkeit für die Vorlage zur OECD-Mindestbesteuerung und vor allem zum Covid-19-Gesetz unterschiedlich schwach ausfällt.

Die Tonalität der Medienberichterstattung ist bei der Behördenvorlage zum Klimagesetz positiv (+30). Beim Covid-19-Gesetz (+10) und bei der OECD-Mindestbesteuerung (+4) ist die Tonalität insgesamt ambivalent; positive Stimmen überwiegen nur sehr knapp.

Resonanz im Vergleich

Resonanzmässig ist die Abstimmung vom Juni 2023 geprägt vom Klimagesetz als «Zugpferd»-Vorlage, während die anderen beiden Vorlagen unterschiedliche Resonanz erfahren. Von den 44 Abstimmungen seit Herbst 2018 gehört das Klimagesetz zu den zehn meist-thematisierten. Es löst allerdings etwas weniger Resonanz aus als das thematisch verwandte CO2-Gesetz vom Juni 2021. Die Resonanz der OECD-Mindestbesteuerung ist unterdurchschnittlich; im Bereich von steuerpolitischen Vorlagen, die ebenfalls von der SP bekämpft wurden, findet sie etwas weniger Beachtung als das Verrechnungssteuergesetz und etwas mehr als die Vorlage zu den Stempelsteuern. Auffallend schwach schliesslich ist die Resonanz des anstehenden Covid-19-Gesetzes. Bereits zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahren wird über das Gesetz abgestimmt. Die aktuelle Vorlage erfährt nur etwas mehr als halb so viel Beachtung wie die erste Abstimmung (Juni 2021) und nur einen kleinen Bruchteil davon, was die zweite Abstimmung (November 2021) erfahren hatte. Dies legt nahe, dass die Brisanz des Covid-19-Gesetzes im aktuellen Abstimmungskampf verhältnismässig tief ist.

Was die Dynamik der Medienberichterstattung betrifft, verläuft die Diskussion bei den zwei resonanzschwächeren Vorlagen in ruhigen Bahnen (Abb. 2). Beim Klimagesetz intensiviert sich die Berichterstattung ein erstes Mal rund zwei Monate vor Abstimmungsdatum, was typisch ist für Abstimmungsvorlagen und zunächst auf Routine-Ereignisse wie offizielle Kampagnen-Starts und Medienkonferenzen zurückzuführen ist. Der recht starke Anstieg drei Wochen vor dem Urnengang zeigt allerdings, dass auch einige ungeplante Ereignisse und Konflikte die Berichterstattung antreiben und sich die Brisanz erhöht. So findet ein Streit im und um den Hauseigentümerverband (HEV) Resonanz, als u.a. ein FDP-Ständerat seinen Austritt

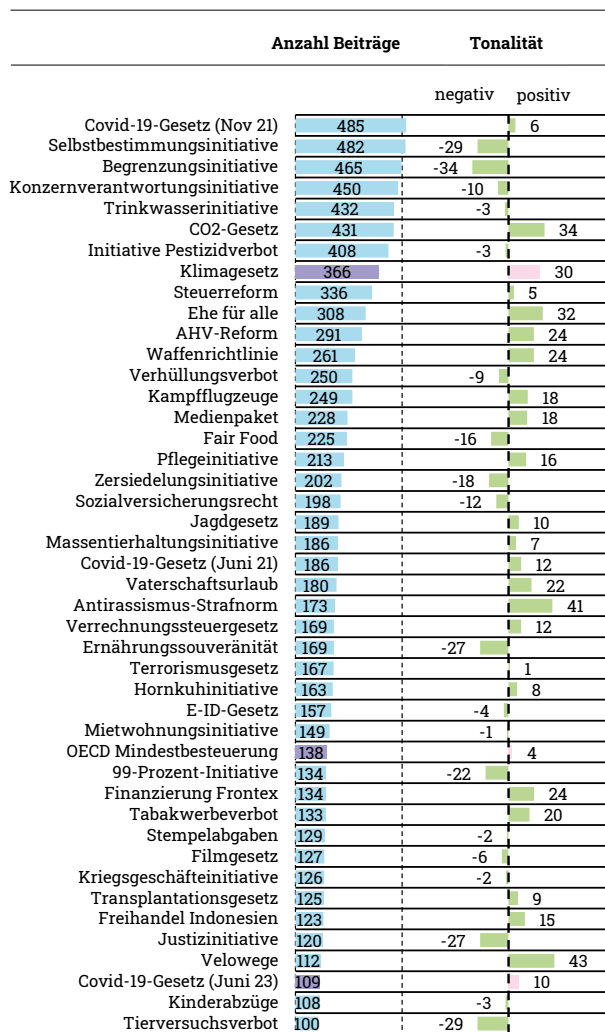


Abbildung 1: Resonanz und Tonalität

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 18. Juni 2023 im Vergleich mit allen anderen Volksabstimmungen seit September 2018. Erfasst wurden jeweils 9 Wochen im Abstimmungskampf. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 9886 Beiträge).

aus dem Verband erklärt und dem Verband vorwirft, mit dem Nein zum Klimagesetz nur noch die Interessen der SVP zu vertreten. Ausserdem beleuchten die Medien kritisch die Polit-Werbung eines unbekannten Komitees, das auf einem an alle Schweizer Haushalte verschickten Flugblatt nach der Annahme des Gesetzes ein «scénario apocalyptique» zeichnet (letemps.ch,

23.5.). Wie die Medien enthüllen, stammt das Flugblatt von einem Mitglied der SVP. Schliesslich finden auch die Auftritte des neuen Bundesrates Albert Rösli viel Beachtung – vor allem wenn der SVP-Bundesrat, der nun die Ja-Parole des Bundesrates vertritt, an Anlässen auf Gegner:innen des Klimagesetzes aus der SVP trifft.

Anzahl Beiträge pro Woche

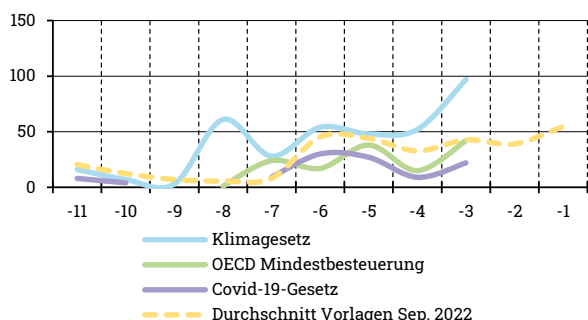


Abbildung 2: Resonanz im Zeitverlauf

Die Abbildung zeigt pro Woche die Medienresonanz der drei Abstimmungsvorlagen vom 18. Juni 2023 und zum Vergleich die durchschnittliche Medienresonanz der letzten Abstimmung vom 22. September 2022 (n= 1260 Beiträge).

All diese Episoden belegen, dass die Diskussion um das Klimagesetz zunehmend konfliktiv geführt wird und sich immer mehr an der Kampagne der SVP entzündet. Damit schafft es die SVP, wie schon bei früheren Vorlagen, die Medienberichterstattung zu prägen und anzutreiben.

Tonalität im Vergleich

Bei der Tonalität zeigt sich ein gemischtes Bild. In der Regel haben Behördenvorlagen, die auch von der Mehrheit der Politik unterstützt werden, eine positive Tonalität, d.h. mehr Zuspruch, und Volksinitiativen eine negative Tonalität, d.h. mehr Ablehnung. Bei den Juni-Abstimmungen trifft dieser «Normalfall» nur auf das Klimagesetz wirklich zu (+30), denn die OECD-Mindestbesteuerung (+4) und das Covid-19-Gesetz (+10) haben eine ambivalente Tonalität, bei leicht positivem Überhang.

Die Tonalität der drei Vorlagen ähnelt aber der Tonalität bei den früheren thematisch verwandten Vorlagen. Die von der SP bekämpften Steuer-Behördenvorlagen (Stempelabgaben, Verrechnungssteuergesetz) erfahren ebenfalls keine (klar) positive Tonalität. Somit

gelingt es der SP, ihre Kritik an der Umsetzung von Steuervorlagen zu verbreiten.

Bei den früheren Abstimmungen über das Covid-19-Gesetz ist die Tonalität ebenfalls ambivalent bis maximal knapp positiv, denn neben dem Zuspruch durch die meisten Akteur:innen wie Bundesrat, Parteien und Verbänden schenken die Medien den Gegner:innen aus der Zivilgesellschaft viel Beachtung.

Sprachregionale Unterschiede

In der Berichterstattung über die beiden Abstimmungsvorlagen gibt es zwischen den grossen Sprachregionen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede (Abb. 3). In beiden Sprachregionen ist das Klimagesetz die «Lead»-Vorlage und das Covid-19-Gesetz die Vorlage mit der schwächsten Resonanz. In beiden Sprachregionen stösst das Klimagesetz auf Zustimmung, wenn auch in der Suisse romande stärker (+40) als in der Deutschschweiz (+25).

Gewisse Unterschiede zeigen sich darin, dass in der Deutschschweiz die Beachtung für das Covid-19-Gesetz noch schwächer ausfällt als in der Suisse romande. Zudem hat das Gesetz in der Deutschschweiz eine leicht positivere Tonalität (+14) als in den Medien Suisse romande (+3). Die Kritik an der OECD-Mindestbesteuerung verschafft sich in der Deutschschweiz etwas mehr Resonanz; dort ist die Tonalität insgesamt ambivalent (-1), während sie in der Suisse romande leicht positiv ausfällt (+15).

		Anzahl Beiträge		Tonalität	
				negativ	positiv
Deutschschweiz	Klimagesetz	264			25
	OECD Mindestbesteuerung	97		-1	
	Covid-19-Gesetz	71			14
Suisse romande	Klimagesetz	102			40
	OECD Mindestbesteuerung	41			15
	Covid-19-Gesetz	38			3

Abbildung 3: Resonanz und Tonalität in den Sprachregionen

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 18. Juni 2023 im Vergleich der beiden Sprachregionen. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 613 Beiträge).

Akteur:innen

Die drei Vorlagen unterscheiden sich stark in der Resonanz, aber ähneln sich dahingehend, dass bei allen drei Vorlagen derjenige Akteur an der Spitze steht, der das Referendum ergriffen hat. Die SVP (26%) dominiert die Diskussion ums Klimagesetz, die SP (26%) um die OECD-Mindestbesteuerung und die massnahmenkritischen Kreise um die Bewegungen «Mass-Voll» oder «Freunde der Verfassung» (31%) ums Covid-19-Gesetz.

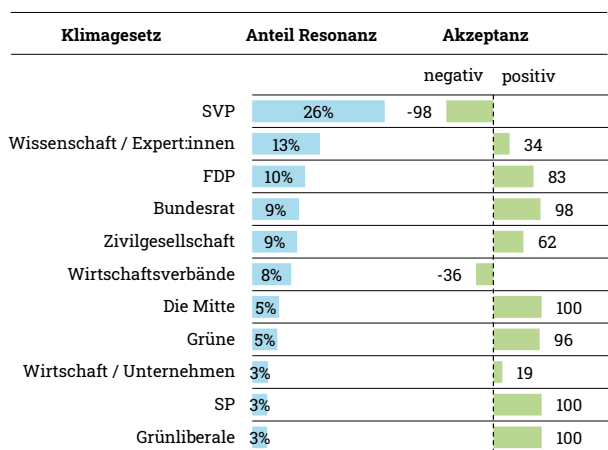


Abbildung 4: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Klimagesetz

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Klimagesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 518 Aussagen)

Klimagesetz: Resonanzstarke Kampagne der SVP

Beim Klimagesetz zeigt sich ein bekanntes Muster, wonach die SVP mit einer ablehnenden Position (-98) den meisten anderen Akteur:innen gegenübersteht (Abb. 4). Nur ein Teil der Wirtschaftsverbände (insgesamt -36), insbesondere der Hauseigentümerverband, kommt ebenfalls mit mehr Ablehnung als Zuspruch in den Medien vor. Mit Blick auf die Resonanz, gerade auch im Vergleich zur Kampagne beim CO₂-Gesetz (Abb. 5), kann von einer resonanzstarken Kampagne der SVP gesprochen werden. Die Kampagne der SVP wird von den Medien selbst zum Thema gemacht. Dazu gehören auch Beiträge über einen SVP-Vertreter, der einen diskussionswürdigen Flyer an alle Schweizer Haushalte verschickt, und Beiträge, die darauf

hinweisen, dass der Hauseigentümerverband auf eine Werbeagentur zurückgreife, die sonst für die SVP arbeite.

Die meisten anderen Akteur:innen erscheinen als Befürworter:innen des Gesetzes, darunter die FDP (+83), der Bundesrat (+98), Teile der Zivilgesellschaft (+62), Die Mitte (+100) und die Grünen (+96). Auch Wissenschaftler:innen sprechen sich für das Klimagesetz aus (+34), allerdings bleibt dort die Zustimmung nicht unwidersprochen. Ein Interview mit einem ETH-Professor in den Tamedia-Titeln löst Reaktionen aus. Die Einschätzung des ETH-Professors, wonach der «forcierte Umstieg auf Wärmepumpen und E-Autos problematisch» und das Klimagesetz «kontraproduktiv» sei (Tamedia, 6.5.), wird von einem anderen ETH-Professor kritisiert. Die Tamedia-Titel greifen diesen «Streit» auf und titeln: «Zwei ETH-Professoren sprechen sich gegenseitig Kompetenz ab» (Tamedia, 13.5.).

Klimagesetz und CO₂-Gesetz

Das Klimagesetz ist die zweite Abstimmung über Klimaschutzmassnahmen innerhalb von zwei Jahren. Das CO₂-Gesetz war trotz Zustimmung bei den meisten Parteien von der Stimmbevölkerung abgelehnt worden. Vor diesem Hintergrund interessiert, ob sich bei der Abstimmung über das Klimagesetz ähnliche Mechanismen wie damals beim CO₂-Gesetz zeigen.

Der Vergleich zeigt sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede (Abb. 5). Gemeinsamkeiten gibt es insofern, als viele Akteur:innen konsistent in ihrer Zustimmung bzw. in ihrer Ablehnung gegenüber den Behördenvorlagen sind. Das zeigen die Akzeptanzwerte, die bei den meisten Akteur:innen sich zwischen den beiden Vorlagen kaum unterscheiden. Gemeinsamkeiten gibt es auch insofern, als bei beiden Vorlagen die SVP, die FDP und Wissenschaftler:innen die Diskussion prägen.

Konkret spielen beim CO₂-Gesetz die rechtsbürgerlichen Parteien SVP und FDP eine zentrale Rolle als klar resonanzstärkste Parteien. Die SVP profiliert sich bei beiden Vorlagen als Haupt-Gegnerin und steigert ihre Resonanz nochmals beim aktuellen Klimagesetz. Dies lässt auf eine intensivierte Kampagne schliessen. Auffallend bei der FDP ist, dass sie beim Klimagesetz etwas weniger Resonanz erhält als beim CO₂-Gesetz. Gleichzeitig kommt sie beim Klimagesetz (+83) mehrheitlich mit zustimmenden Voten zu Wort, während sie beim CO₂-Gesetz ebenfalls Zustimmung vermittelte (+38), aber doch als «gespaltene» Partei beschrieben wurde. Dass die FDP nun relativ klar ins Ja-Lager gewechselt

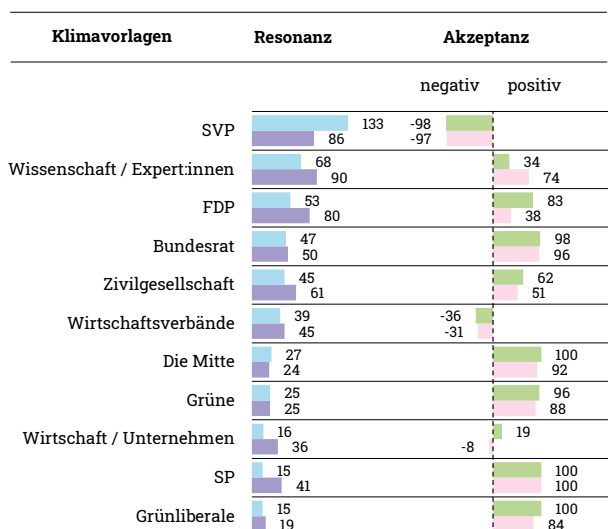


Abbildung 5: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Klimavorlagen

Die Abbildung zeigt die absolute Resonanz der bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Klimagesetz (hellblau) bzw. zum CO₂-Gesetz (lila) Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf das Klimagesetz (grün) bzw. das CO₂-Gesetz (rosa). Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 1129 Aussagen)

ist, wird in den Medien breit thematisiert, aber es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass das Klimagesetz für die FDP lediglich einen Kompromiss darstelle und es innerhalb der Partei kritische Stimmen gibt. Wissenschaftler:innen sind beim Klimagesetz nicht mehr ganz so präsent wie beim CO₂-Gesetz, das diesbezüglich ein Sonderfall war – der Aufruf von mehr als hundert «namhafte[n] Forscher[n]» zur Ja-Parole war laut Medien «ein ungewohntes Vorgehen» (Tamedia, 22.4.2021). Wissenschaftler:innen wurden beim CO₂-Gesetz von den Medien im Abstimmungskampf oft um Einordnungen zum grundlegenden Problem des Klimawandels und den möglichen Lösungen gebeten. Beim Klimagesetz fällt nun die Resonanz der Wissenschaft schwächer aus, vielleicht auch weil die Diskussion nicht mehr grundlegend um den Klimawandel als Problem kreist. Auch die Zustimmung ist beim Klimagesetz (+34) nicht so ausgeprägt wie beim CO₂-Gesetz (+74). Die etwas verhaltene Zustimmung bzw. die ambivalentere Tonalität zeigt sich u.a. daran, dass die Medien einen «Streit» zwischen Wissenschaftler:innen beschreiben, der sich an der Frage der Kosten entzündet.

Unterschiede bestehen schliesslich in der nun etwas schwächere Präsenz der Zivilgesellschaft, der SP und einzelner Unternehmen. Die schwächere Präsenz der Zivilgesellschaft weist darauf hin, dass das Klimagesetz weniger stark mobilisiert, während die schwächere Präsenz der SP damit erklärt werden könnte, dass die SP bereits bei der Vorlage zur OECD-Mindestbesteuerung engagiert ist oder dass die SP sich bewusst zurückhält und im Ja-Lager den bürgerlichen Exponent:innen aus taktischen Gründen den Vortritt lässt.

Links-rechts-Konflikt bei der OECD-Mindestbesteuerung

Das mediale Bild bei der OECD-Mindestbesteuerung zeigt einen Links-rechts-Konflikt (Abb. 6). Die SP kommt als resonanzstärkste Kritikerin der Vorlage vor (-93); Unterstützung erhält sie, bei relativ schwacher Resonanz, von Teilen der Zivilgesellschaft (4%), den Grünen (3%) und Gewerkschaften (3%). Vereinzelt weisen Medien darauf hin, dass auch «neoliberale» Akteur:innen im Ausland die OECD-Mindestbesteuerung generell kritisieren (5%). Wissenschaftler:innen kommen insgesamt (9%) mit leicht kritischen Voten zu Wort (-20).

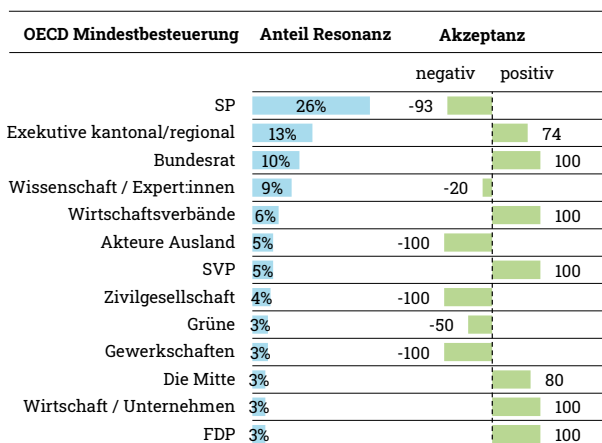


Abbildung 6: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – OECD Mindestbesteuerung

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur OECD-Mindestbesteuerung Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 172 Aussagen)

Auf der anderen Seite tritt ein breites Spektrum an Befürworter:innen medial in Erscheinung, u.a. der Bundesrat (10%), Wirtschaftsverbände (6%) und die SVP (5%). Kantonale und regionale Exekutiv-Mitglieder sind medial relativ stark präsent (13%), weil erstens die Kantone sehr unterschiedlich von der Reform betroffen sind und zweitens der Verteilungsschlüssel der erwarteten Steuereinnahmen – 75% an die Kantone, 25% an den Bund – kritisiert wird. Insgesamt überwiegt bei diesen Akteur:innen die Zustimmung, trotz vereinzelter Kritik aus Kantonen mit weniger Anteilen an multinationalen Unternehmen (+74).

Teile der Zivilgesellschaft mit Mobilisierung gegen das Covid-19-Gesetz

Das Covid-19-Gesetz erhält insgesamt nur unterdurchschnittliche Resonanz. Zwar sind Teile der Zivilgesellschaft in Form von massnahmenkritischen Kreisen um Gruppierungen wie Mass-Voll oder Freunde der Verfassung medial präsenter (31%) als viele andere Akteur:innen (Abb. 7). Doch angesichts der unterschiedlichen Resonanz kann nicht von einer grossen Mobilisierung gesprochen werden – anders als damals die Mobilisierung gegen die zweite Abstimmung über das Covid-19-Gesetz im November 2021 (vgl. auch Abb. 1).

Fast alle anderen Akteur:innen, die in den Medien vorkommen, positionieren sich mit klar zustimmenden Voten – allen voran der Bundesrat (11%), Die Mitte (11%) und die Grünen (7%). Bei der FDP (8%) überwiegt ebenfalls die Zustimmung, aber auch einige Kritiker:innen kommen zu Wort (+40).

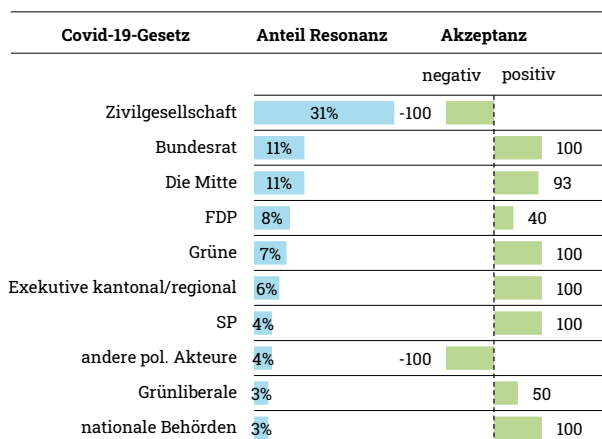


Abbildung 7: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Covid-19-Gesetz

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Covid-19-Gesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 125 Aussagen)

Methode

Auswahl der Beiträge

Erfasst werden alle redaktionellen Beiträge, die sich zentral mit den Abstimmungsvorlagen auf nationaler Ebene auseinandersetzen und im Zeitraum vom 27. März 2023 bis 28. Mai 2023 erschienen sind. Es werden 538 verschiedene Medienbeiträge erfasst, wobei in einem Beitrag bis zu drei Vorlagen gleichzeitig angesprochen werden können (Klimagesetz: n = 366; OECD Mindestbesteuerung: n = 138; Covid-19-Gesetz: n = 109). 93% der Beiträge thematisieren jeweils eine Vorlage, 7% zwei oder mehr Vorlagen. Unbearbeitete Agenturmeldungen und Kurzformen (z.B. «In Kürze») werden nicht berücksichtigt.

Tonalität der Beiträge

Die Akzeptanz gegenüber den Abstimmungsvorlagen wird über die Tonalität gemessen, die sich im Artikel insgesamt beobachten lässt. Dabei wird zwischen einer «positiven», einer «negativen», einer «kontroversen (ambivalenten)» und einer «neutralen» Tonalität unterschieden. «Neutral» bedeutet nicht, dass die Medien «neutral» im Sinne von «ausgewogen» in einem Beitrag sowohl Pro- als auch Kontra-Akteuren Resonanz erteilen (= «kontrovers»), sondern bezeichnet Beiträge, in denen keine Argumente vermittelt werden (z.B. Deskription von Umfrageergebnissen) und/oder in denen Zusatzinformationen geliefert werden, deren Tonalität gegenüber der Vorlage unklar ist (z.B. deskriptive Auflistung der gesetzlichen Regelungen in Nachbarstaaten). In stärkster Form zeigt sich die Tonalität bei Aussagen, die explizit eine Abstimmungsempfehlung beinhalten. Daneben zeigt sich die Tonalität aber auch bei Aussagen

- zur «Grundproblematik» einer Vorlage (z.B. Beiträge, auf die Harmonisierung der Mindestbesteuerung auf internationaler Ebene hinweisen – «positiv» bei OECD Mindestbesteuerung);
- zur Zweckmässigkeit oder Legitimität der Massnahmen, die mit der Vorlage verbunden sind (z.B. Bericht darüber, dass das Klimagesetz nicht zu sinkenden Strompreisen führen wird – «negativ» bei Klimagesetz);
- zur sozialen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Vorwurf, die Gegner:innen des Klimaschutzgesetzes würden «Fake News» in ihrer Kampagne verwenden – «positiv» bei Klimagesetz);
- zur funktionalen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Lob für wirksame Kampagnen-

Führung der Gegner:innen – «negativ» bei Klimagesetz)

- bei zugespitzten Aussagen über die Akzeptanz der Vorlagen gemessen an Meinungsumfragen, mit Thematisierung der Auswirkungen auf die Kampagnenführung und die Erfolgchancen (z.B. «XY erleidet Schiffbruch und Befürworter sind nervös» – «negativ» bei Klimagesetz).

Der Tonalitäts-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Beiträge mit positiver Tonalität minus Anzahl Beiträge mit negativer Tonalität) geteilt durch Anzahl alle Beiträge multipliziert mit 100.

Für jeden Beitrag wird bestimmt, ob die Tonalität primär über die Medien selbst bestimmt wird («Medium»), primär über Akteure, die in den Medien zu Wort kommen («Akteure»), oder mehr oder minder gleichgewichtet durch Medien und Akteure («Medium und Akteure»). Eine medienbestimmte Tonalität lässt sich in stärkster Form in Kommentaren und Leitartikeln erkennen, aber auch bei (Hintergrund-)Berichten, bei denen das Medium Bewertungen einspeist («Medium»). Hier unterscheiden wir zwischen expliziten Positionierungen des Mediums (explizite Empfehlung, eine Vorlage an- oder abzulehnen) und impliziten Positionierungen (z.B. Bestätigung der Grundproblematik einer Initiative). Daneben erfassen wir diejenigen Fälle, in denen zwar Akteure ihre Positionen einspeisen, die Medien aber diese Akteure und/oder Positionen ebenfalls prominent bewerten («Medium und Akteure»). Fälle einer primär akteursbestimmten Tonalität sind Gastbeiträge von Akteuren, Interviews und «vermelnde» Berichte über die Stellungnahmen von Akteuren («Akteure»).

Akteur:innen und Akzeptanz

Für jeden Beitrag und pro Vorlage werden die maximal drei resonanzstärksten Akteure sowie deren Positionierung gegenüber der Vorlage bestimmt (Akzeptanz). Für die Abstimmungsvorlagen vom 18. Juni 2023 werden auf diese Weise 815 Aussagen erfasst. Der Akzeptanz-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Aussagen Akteur A mit positiver Positionierung minus Anzahl Aussagen Akteur A mit negativer Positionierung) geteilt durch Anzahl aller Aussagen Akteur A multipliziert mit 100. In den Grafiken werden jeweils nur die wichtigsten Akteursgruppen dargestellt; daher ergeben die

Prozentwerte (Resonanz) der dargestellten Akteure aufsummiert nicht 100%.

Mediensample

Das Mediensample besteht aus 14 Newssites (Online-Auftritten) von Zeitungen, 6 Sonntags- resp. Magazintiteln (Print) und 5 Titeln der SRG aus der Deutschschweiz und der Suisse romande, die jeweils als SRF resp. RTS zusammengefasst werden. Weil das Mediensample seit Sommer 2018 vor allem Newssites statt gedruckten Zeitungen umfasst, sind die Resultate nicht direkt vergleichbar mit den Resultaten des Abstimmungsmonitors zu den Vorlagen von März 2013 bis Juni 2018. Sie sind aber direkt vergleichbar mit den Vorlagen seit September 2018 – mit Ausnahme, dass in der Zwischenzeit der früher erfasste blickamabend.ch eingestellt wurde.

Newssites Abonnement: 24 heures, Aargauer Zeitung, Basler Zeitung, Berner Zeitung, Le Temps, Luzerner Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, Südostschweiz, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève

Newssites Boulevard- und Pendlermedien: 20 Minuten, 20 minutes, Blick, Le Matin

Sonntagszeitungen / Magazine (Print): Le Matin Dimanche, NZZ am Sonntag, SonntagsBlick, Sonntags-Zeitung, Schweiz am Wochenende, Weltwoche

Titel SRG: SRF: 10vor10, srf.ch/news (Online), Tagesschau; RTS: Le 19h30 (Journal), rts.ch/info (Online)